

wird auf der anderen Seite mit Hilfe der SPD und der CDU wertvoller deutscher Boden an das ausländische Monopolkapital verschachert, wie das Beispiel in Köln zeigt, wo 350 000 qm wertvollen städtischen Bodens an den amerikanischen Ford-Konzern zu 3,50 RM per Quadratmeter verkauft worden sind. (Pfuir-Rufe.)

Was haben nun die demokratischen Kräfte getan, um dieser Entwicklung entgegenzutreten, und welche Kräfte haben sie mobilisieren können?

Die CDU nennt sich bekanntlich auch eine demokratische Partei. Ihr Ahlener Wirtschaftsprogramm ist das Programm zur Rettung der deutschen Konzerne, wie die Konzernentflechtung Dinkelbachs in der Tat beweist. Die Politik der CDU zur Überwindung des Hungers wird am besten durch die Praxis Schlange-Schöningsens charakterisiert. Ihre Politik der deutschen Bundesstaaten entlarvt sich jeden Tag immer mehr als die bewußte Politik zur Aufspaltung Deutschlands im Interesse des westlichen Monopolkapitals. Ihre Friedenspolitik wird am sichtbarsten in ihrer maßlosen Hetze gegen die Sowjetunion und gegen das fortschrittliche Polen.

Die SPD hat zwar in Köln und Frankfurt festgestellt, daß die reaktionären Kräfte immer noch in Wirtschaft und Verwaltung herrschen. Sie führt aber nicht den Kampf in den Betrieben gegen die Konzerne, sondern sie führt den Kampf gegen die Kommunisten. Die SPD hat zwar die Sozialisierung proklamiert, aber die Mehrheit der SPD-Fraktion hat im Landtag Nordrhein-Westfalen im März dieses Jahres gegen das von den Kommunisten eingebrachte Gesetz zur entschädigungslosen Enteignung der Grubenbarone gestimmt. Der SPD-Vorstand in Hannover redet zwar auch von der Einheit Deutschlands; aber durch seine maßlose Hetze gegen die fortschrittliche Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone fördert er ganz offen die separatistischen Bestrebungen der deutschen und internationalen Reaktion.

Die KPD, ausgehend von dem Aufruf des Zentralkomitees vom 11. Juni 1945, hat den Kampf für die Bestrafung der Kriegsverbrecher, für die Enteignung der Konzernherren, für die Durchführung der Bodenreform und für den Aufbau einer demokratischen Verwaltung geführt. Es kann nicht bestritten werden, daß es das Verdienst der Kommunistischen Partei war, in unserem Lande in der Arbeiterschaft das Bewußtsein von der Notwendigkeit der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands als Voraussetzung für die nationale Existenz unseres Volkes zu wecken und zu vertiefen. Ebenso sehr hat die Kommunistische Partei unermüdlich für die Verwirklichung der Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung gekämpft. Wir können mit